

Vorboten des Untergangs oder Gebot der Solidarität?

Wissenschaftler streiten in Freiburg über Hilfen für Griechenland

VON UNSEREM REDAKTEUR
BERND KRAMER

FREIBURG. Droht Europa und Deutschland der wirtschaftliche Niedergang? Nach Einschätzung des Bonner Soziologen Erich Weede ist das nicht ausgeschlossen, sogar wahrscheinlich. Für ihn sind die Hilfen für Griechenland das Vorspiel für einen groß angelegten europäischen Transferstaat, in dem die Leistungsträger so stark zur Kasse gebeten werden, dass sie am Ende keinen Anreiz mehr haben, hart zu arbeiten oder in eine neue Technik zu investieren. Die Folge: wirtschaftliche Stagnation auf dem Kontinent.

Die Politik reagiert darauf mit höheren Staatsschulden, sagt Weede. Weil die Parteienvertreter aus Angst um ihre Wiederwahl vor Ausgabenkürzungen zurückschrecken, wachse das Defizit. Am Ende geselle sich zum Nullwachstum Inflation, weil sich die Politik so bequem der Staatsschuld entledigen kann. Weedes Forderung: Das Volk soll in einem Referendum bei Fragen wie der Unterstützung Griechenlands entscheiden. „So legt man die Politik an die Kette.“ Weede wäre bereit, von der Idee der europäischen Einigung Abschied zu nehmen, wenn aus der Währungsunion eine Transferunion würde.

Aber nicht alle Ökonomen sehen derart schwarz. Dies wurde am Freitag bei der Diskussion „Was wird aus unserer Währung?“ in Freiburg deutlich. Zum Abschluss der Hayek-Tage warnte der Freiburger Ökonom Alois Oberhauser davor, die Griechenlandkrise und die Staatsverschuldung zu überschätzen. Höhere öffentliche Schulden hätten bislang nicht zu einem Verlust an Wohlstand in der westlichen Welt geführt. Stattdessen sei dieser

weiter gewachsen. Die griechische Situation müsse man sich genau anschauen, um das Land dann mittels einer maßvollen Sparpolitik aus der Krise zu führen. Gegen Geldtransfers in andere europäische Staaten hat Oberhauser im Prinzip nichts einzuwenden. Das sei zum einen ein Gebot der Solidarität. Zum anderen werde das schon in Europa praktiziert. Ein Referendum zu Griechenlandhilfen lehnt er ab: „Die Bürger können die Komplexität des Problems nicht durchschauen.“

Joachim Starbatty, Uni Tübingen, und Lars Feld, Leiter des Freiburger Walter-Eucken-Instituts, sind sich uneins bei der Frage, ob Griechenland zur Drachme zurückkehren und aus der Währungsunion austreten soll. Starbatty hält dies für den richtigen Weg, um dem Land wieder auf die Beine zu helfen. Mit einer Abwertung gewinne das Land an Wettbewerbsfähigkeit. Den Schaden für Europa hält er für begrenzt. Die Europäer würden weiter eine gemeinsame Agrarpolitik betreiben – mit Athen in der Währungsunion oder nicht.

Feld plädiert für eine Umschuldung – eine Form des Schuldenerlasses – und einen Verbleib der Griechen in der Eurozone. Mehr Wettbewerbsfähigkeit könne Griechenland auch gewinnen, wenn die Preise im eigenen Land weniger stark steigen als im Rest der Eurozone. An einer Umschuldung sollten private Gläubiger beteiligt werden. Eine Transferunion will er nicht. Hierfür fehle die Solidarität. Statt die Länder zusammenzubringen, würden einzelne europäische Staaten bei einer Übernahme der öffentlichen Schulden anderer der EU den Rücken zukehren.

Seite 2, Leitartikel, Seite 4